

haben“. Einst Durchhalte-Korrespondent des sowjetischen Fernsehens in Kabul, galt Leschinskis ganze Rührung „unseren Afghanern, die hier mit der Waffe in der Hand ihren Kampf zu Ende geführt haben“.

Einem Helden von Afghanistan, Alexander Ruzkoi, jetzt Jelzins Vize-Präsident, überbrachten smarte Manager der Amerikanischen Bibelgesell-

schaft das letzte Exemplar von vier Millionen bereits in Rußland verteilten Ausgaben des Neuen Testaments: „Wir haben für Sie und Ihren Präsidenten gebetet“, kauften sich die Yankees in die Sieges euphorie ein: „Jetzt sind Sie so frei wie wir.“

Daß Gott seine Hand in Form einer dichten Wolkendecke übers Weiße Haus an der Moskwa hielt, weiß auch

Armee general Konstantin Kobez zu berichten, der die Verteidigung organisierte: Als die Jelzinisten gerade den Angriff der 103. KGB-Luftlandedivision erwarteten, habe der Priesterdeputierte und Exdissident Gleb Jakunin heftig gebetet. Und prompt „fiel Regen, die Sicht wurde so schlecht, daß ein Angriff aus der Luft nicht mehr möglich war – sicher mit Gottes Hilfe“.

„Rußland bleibt Großmacht“

Der Oberbürgermeister von St. Petersburg, Anatolij Sobtschak, über die neue Union nach dem Ende der UdSSR

SPIEGEL: Anatolij Alexandrowitsch, warum ist der August-Putsch wirklich fehlgeschlagen?

SOBTSCHAK: Die gescheiterten Reaktionäre sind alle im Sowjetsystem groß geworden. Über Jahrzehnte hat es Mittelmaß bevorzugt und Persönlichkeiten ausgegrenzt. Deshalb wollte keiner der Putschisten die Verantwortung übernehmen und den entscheidenden Befehl geben.

SPIEGEL: Auch nicht der martialische Marschall Jasow?

SOBTSCHAK: Den haben sie zwei Tage lang zu überreden versucht, den Befehl zum Sturm des Moskauer Weißen Hauses, zum Angriff auf unser Rathaus und zum Truppeneinsatz gegen die Bevölkerung zu unterzeichnen. Heute staunt man direkt, wie diese Nieten in höchsten Staats- und Parteiämtern überhaupt ein solches Land regieren konnten. Alles kleine Beamte, die durch Zufall an die Spitze der Machtpyramide kamen. Das gilt besonders für Janajew, der es lange gar nicht fassen konnte, daß er Vizepräsident geworden war.

SPIEGEL: Von den russischen Demokraten war für den Volksdeputiertenkongreß eine Fortsetzung des Umsturzes mit verfassungsmäßigen Mitteln prophezeit worden.

SOBTSCHAK: Die reaktionären Kräfte haben keine Führer mehr, keine Leute, die dem Volk noch etwas anbieten könnten. Deshalb gab es keinen Revancheversuch im Kongreß.

SPIEGEL: Wäre der Putsch nicht so schnell gescheitert – hätte die Deputiertenmehrheit dann der Junta den Rücken gestärkt?

SOBTSCHAK: Die Verschwörer haben wohl damit gerechnet. Von den Kongreßmitgliedern sind allein 300 „versie-



Sobtschak beim SPIEGEL-Gespräch*
„Man staunt, wie diese Nieten regieren konnten“

gelte“ Sekretäre, also Parteifunktionäre, deren Gebiets- und Kreiskomitees inzwischen versiegelt sind und die nicht wissen, wo sie ihr nächstes Gehalt abholen sollen. Deshalb war doch die Rolle von Parlamentspräsident Anatolij Lukjanow so verhängnisvoll: Er hatte den Umstürzlern zugesichert, daß er all ihre „Beschlüsse“ im Obersten Sowjet durchsetzen würde.

SPIEGEL: Inzwischen sitzt dieser Dirigent.

SOBTSCHAK: Solche Einpeitscher fehlen jetzt. In ihren Reihen herrscht Irritation: Die KP ist verboten, ihr Eigentum wird nationalisiert ...

SPIEGEL: ... was nicht eben sehr demokratisch ist.

* Das Gespräch führten die Redakteure Jörg R. Mettke und Christian Neef.

SOBTSCHAK: Doch. Die KP soll sich verändern. Wir wollen sie nicht beseitigen. Sie kann weiter kommunistisch sein, aber eine ganz normale Partei – nicht Teil des Staatsgefüges. Doch die Konservativen sind geschockt: Wenn ihnen jemand noch am 19. August gesagt hätte, ihre Partei werde vorübergehend verboten, wären sie in Gelächter ausgebrochen.

SPIEGEL: Sie nicht?

SOBTSCHAK: Ich auch. Wir dachten, wir würden noch Jahre brauchen, die KPdSU umzuwandeln.

SPIEGEL: Wie geschieht das nun konkret?

SOBTSCHAK: Bei uns in St. Petersburg – das Präsidium des russischen Parlaments hat unserer Stadt den alten Namen wiedergegeben – wird nicht die KP, sondern ihr Apparat aufgelöst: Gebiets- und Kreiskomitees, ihre Organisationen bei den Streitkräften, im Innenministerium und im KGB. Alles, was

ihr die Ausübung der Staatsmacht ermöglichte.

SPIEGEL: In großen Städten wie dem ehemaligen Leningrad mag eine solche Operation möglich sein. Aber gelingt sie auch in der Provinz?

SOBTSCHAK: Das geschieht inzwischen im ganzen Land. Auch weitab von den politischen Hochburgen. Schließlich gibt es jetzt entsprechende Gesetze.

SPIEGEL: Früher gab es andere, und auch die hat niemand befolgt.

SOBTSCHAK: Weil die lokalen Fürsten wußten, daß ihre Gesetzesverletzungen folgenlos blieben. Das ist heute anders. Eine Mißachtung der jüngsten Gesetze über die KP kann sie teuer zu stehen kommen. In Gebieten, wo Jelzins entsprechender Erlaß unbeachtet

blieb, sind einzelne Funktionäre bereits ihrer Ämter enthoben worden.

SPIEGEL: Was geschieht mit den kleinen Apparatschiks?

SOBTSCHAK: Die Leute, die durch die neuen Maßnahmen vorübergehend arbeitslos werden, dürfen wir nicht zu unseren Feinden machen, zu Geächteten. Sie müssen die Chance zu einem Neuanfang bekommen, damit sich aus ihrem Kreis nicht Untergrundkämpfer gegen die neue Ordnung rekrutieren.

SPIEGEL: Welche Ordnung? Die Ausrufung des Notstandes angesichts des chaotischen Zerfalls der UdSSR ist von verschiedenen Parlamentsfraktionen schon früher ganz offen gefordert worden.

SOBTSCHAK: Rechtsextremisten wie Suchow, Alksnis und Petruschenko rufen bereits seit einem Jahr danach – als einzige Möglichkeit, die Ordnung im Lande wiederherzustellen.

SPIEGEL: Wie sieht nun das neue Unionskonzept der Allianz Gorbatschow/Jelzin aus, und welche Bedeutung hat darin ein souveränes Rußland?

SOBTSCHAK: Die alte Union hat sich aufgelöst. Jetzt muß über die Grenzen zwischen souveränen Staaten gesprochen werden. Vielerorts stehen bereits Zollposten, um etwa die Ausfuhr von Lebensmitteln nach Rußland zu verhindern.

Erdöl und andere Energieträger wollen diese Republiken aber weiterhin von

* Soldaten sichern den russischen Regierungssitz gegen einen möglichen Angriff durch Truppen der Putschisten am 21. August.

Anatolij Alexandrowitsch Sobtschak

gilt als einer der führenden Köpfe unter den russischen Radikalreformatoren. Der Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität von St. Petersburg, dem ehemaligen Leningrad, stellte sich 1989 den ersten Wahlen mit Alternativkandidaten. Er wurde in den sowjetischen Volksdeputiertenkongreß gewählt und ein Jahr später zum Oberbürgermeister der einstigen russischen Hauptstadt. Nach seiner Abkehr von der KP gründete Sobtschak, 54, mit dem ehemaligen Gorbatschow-Berater Alexander Jakowlew und Ex-Außenminister Eduard Schewardnadse die „Bewegung für demokratische Reformen“. Als enger Vertrauter des russischen Präsidenten Boris Jelzin verhinderte Sobtschak während des Putsches die Machtübernahme von Armee und KGB in seiner Heimatstadt.

uns geliefert bekommen. Da sagt die russische Führung doch wohl zu Recht: Rohstoffe und Energieträger können wir für harte Währung auch woanders verkaufen und so unsere Versorgungsprobleme lösen. Rußland kann allein überleben. Ob das auch für andere Republiken gilt, muß stark bezweifelt werden.

SPIEGEL: Wäre die Ukraine etwa nicht lebensfähig?

SOBTSCHAK: Gewiß, lebensfähig sind alle Republiken. Aber sie brauchen ein paar Jahre, um wirtschaftlich wirklich selbständig zu werden. Bislang ist ihre Ökonomie völlig unausgewogen, ihre Verflechtung untereinander allein auf das Verteilungsmonopol des Zentrums zugeschnitten. Überleben können alle. Doch dazu müssen sie ihre Wirtschaft umstrukturieren, und das ist über Nacht nicht zu erreichen.

SPIEGEL: Also halten Sie Jelzins Drohung für gerechtfertigt, daß Republiken, die noch rasch aus der Union desertieren wollten, mit territorialen Forderungen Rußlands rechnen müßten.

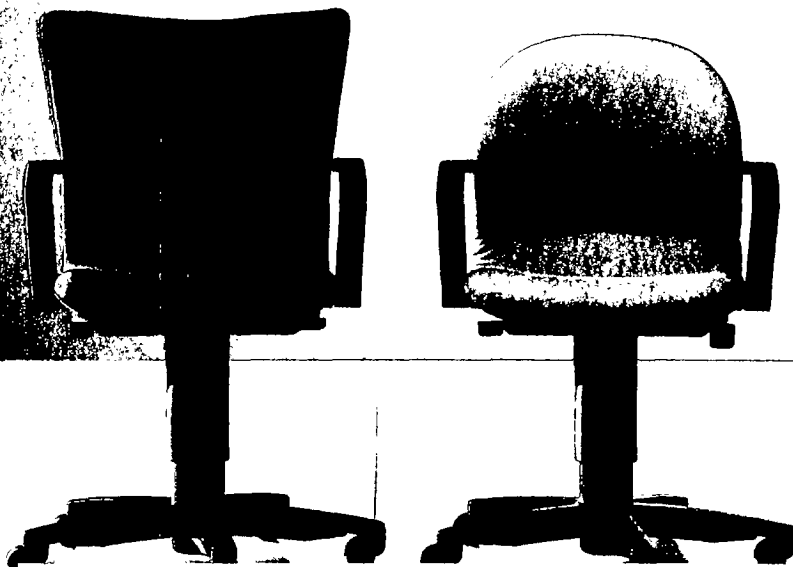
SOBTSCHAK: Die Formulierung war unglücklich. Gemeint hat Jelzin etwas anderes: Kein souveräner Staat kann jetzt einseitig seine Grenzen festlegen. Das müssen schon alle gemeinsam machen und sich dabei über weitere Fragen einigen: Können Grenzen frei überquert werden? Wird ein Visum benötigt? Dürfen Waren frei bewegt werden? Sind Zölle zu zahlen? Und vor allem: Welche Preise gelten – die jetzigen oder die des Weltmarktes, auf Rubel- oder auf Dollarbasis?

SPIEGEL: Hat Sie die negative Reaktion beinahe aller Republiken – von Kasachstan bis zur Ukraine – überrascht, die sich an imperiale Praktiken des zaristischen Rußlands erinnert fühlen?

SOBTSCHAK: Vor allem haben mich die Äußerungen Jelzins zur Grenzfrage überrascht. Das ist doch kein Thema für



Jelzin-treue Armeeangehörige vor dem Moskauer Weißen Haus*: „Keine Angst vor Generalen“



Überlegen Sie gut, bevor Sie
Platz nehmen.

King Sigma 1
und King Sigma 100.

Der Stuhl ist das vitalste Objekt in der Einrichtung eines Büros –
er entscheidet wesentlich über die Leistungsfähigkeit, Gesundheit

und Wohlbefinden des ihn „Besitzenden“. King Sigma, ein schönes und

überzeugendes Beispiel aus unserem Stuhlprogramm, entspricht ebenso

den ergonomischen Anforderungen an das

organische Büromöbel für die Zukunft wie

alle anderen Elemente unserer Programme.

Leichtigkeit und Markanz im Design stehen

Ihnen zur Wahl, komfortabel und perfekt in der

Ausführung ist jedes Modell. Möchten Sie für die Zukunft Platz nehmen?

Wir sind an Ihrer Seite. König + Neurath. Für den Lebensraum Büro.

Jetzt brauchen Sie Wissen
und Wissenswertes über den
Lebensraum Büro – denn
dort werden bis weit über die
90er Jahre hinaus die Arbeits-
plätze neu zu gestalten sein.

Jetzt brauchen Sie dafür das
aktuelle, einzigartige Kom-
pendium von König + Neurath
„Mehr Freiheit im Lebens-
raum Büro“, 120 Seiten,
DIN A3, mit Beiträgen nam-
hafter Autoren sowie Darstel-
lungen über die Kompetenz
von König + Neurath,
Kostenlos von uns.

König + Neurath
Büromöbel-Systeme
Postfach 1140
D-6367 Karben b. Frankfurt
Tel.: 0 60 39/4 83-0
Fax: 0 60/4 83-214 o. 274



KÖNIG +
NEURATH

politische Erklärungen, sondern für
Verhandlungen auf Expertenebene über
das, was es bisher nicht gab: Staatsgren-
zen zwischen einzelnen Republiken.

SPIEGEL: Daß der mißlungene Putsch
eine Begründung lieferte, gegen die
KPdSU vorzugehen, war der russischen
Führung angenehm. Daß er die Auflö-
sung der Union beschleunigte, offenbar
weniger.

SOBTSCHAK: Einige Republiken ha-
ben ihre Unabhängigkeit so hastig er-
klärt, weil ihre Führer befürchten muß-
ten, wegen Putschisten-Unterstützung
verfolgt zu werden. Da blieb wohl keine
Zeit, an langfristige Folgen zu denken:
Beim Zerfall der Union bleibt Rußland
immer eine Großmacht. Mehr noch: Je
rascher die Auflösung vor sich geht, um
so schneller findet Rußland zu seiner
Größe zurück. Andere Republiken mit
ihrer unausgewogenen Wirtschaftsstruk-
tur müssen jedoch damit rechnen, zu
drittklassigen Entwicklungsländern oh-
ne Aussicht auf dynamische Entwick-
lung abzustiegen.

SPIEGEL: Das mag manchem Nationa-
listen nur recht sein, der schon heute der
Auffassung ist, die „kleineren Brüder“
fräßen nur Rußlands potentiellen Wohl-
stand auf.

SOBTSCHAK: Der russische Nationalis-
mus hat diese gefährliche Tendenz. Sie
wird zur Zeit nur dadurch neutralisiert,
daß es in fast allen Unionsrepubliken
starke russische Minoritäten gibt, die als
Geiseln mißbraucht werden könnten.
Als Führer Rußlands muß Jelzin unver-
züglich ein Programm zur Rückführung
der russischen Bevölkerung ins Mutter-
land entwerfen.

Besonders in Mittelußland gibt es Tau-
sende verlassener Dörfer und Siedlun-
gen mit fruchtbaren Böden, wohin diese
Menschen aus der Diaspora zurückkeh-
ren könnten. Nicht als Flüchtlinge, son-
dern als vollberechtigte Bürger, die dort
Wohnungen und Arbeit finden. Dies ist
eine elementare Voraussetzung für die
Wiedergeburt des russischen Staates.

SPIEGEL: Andere Minderheiten sind
mit dem gleichen Problem konfrontiert,
und ihre Lage ist oft weit hoffnungsloser
als die der Russen. Wie wollen Sie die
vor dem Auflodern eines fanatischen
Nationalismus schützen?

SOBTSCHAK: Ich bemühe mich darum,
in untermöblierten Landstrichen rings um
St. Petersburg Rußlanddeutsche aus Ka-
sachstan, Kirgisien und anderen Regio-
nen anzusiedeln, die dorthin unter Sta-
lin deportiert wurden. Wir haben bereits
150 000 Hektar Boden dafür freige-
macht, so daß wir rund 20 000 Familien
aufnehmen und ihnen Grundstücke zw-
ischen fünf und zehn Hektar anbieten
können. Mit einem solchen landwirt-
schaftlichen Gürtel hätte Sankt Peters-
burg bald keine Probleme mehr bei der
Lebensmittelversorgung.



Rußlanddeutsche beim Gottesdienst in Alma Ata: „150 000 Hektar reserviert“

SPIEGEL: Was soll mit Kaliningrad geschehen, dem ehemaligen Königsberg?

SOBTSCHAK: Ich bin dafür, daß auch dort Rußlanddeutsche Fuß fassen können. Ostpreußen war doch eine landwirtschaftlich hochentwickelte Region. Jetzt ist da auch Industrie angesiedelt. Für Rußland ist es ein zusätzlicher Zugang zur Ostsee ...

SPIEGEL: Also ein Teil Rußlands auf ewig?

SOBTSCHAK: Heute unbedingt ein Teil Rußlands. Derzeit gibt es weder Anlaß noch Bedarf für eine Revision dieser Grenzen. Und morgen, wenn ein vereinigtes Europa existiert, sind wir vielleicht soweit, daß niemand mehr danach fragt, wem diese Region eigentlich gehört.

SPIEGEL: An die Stelle der ideologisch-imperialen Zwangsgemeinschaft soll die freiwillige Wirtschaftsunion treten – offen auch für die ehemals sozialistischen Länder von Bulgarien bis Polen. Eine russische Idee. Findet sie Anklang bei jenen, die gerade erst dabei sind, der Abhängigkeit von Moskau zu entkommen?

SOBTSCHAK: Diese Konzeption einer Wirtschaftsunion wurde bereits mit allen Republiken diskutiert und fand allgemeine Zustimmung. Nur der Begriff „einheitlicher Wirtschaftsraum“ müßte noch näher definiert werden. Voraussetzungen sind: einheitlicher Markt, ungehinderte Warenflüsse, Bewegungsfreiheit für Arbeitskräfte und Kapital. Außerdem eine einheitliche Preis-, Währungs- und Zollpolitik. Die wirtschaftlichen Spielregeln müssen schließlich für alle gelten.

SPIEGEL: Und dieses Regelwerk diktiert wieder das große Rußland?

SOBTSCHAK: Nein, natürlich nicht. Aber in den Republiken sind vielfach

Leute ohne Erfahrung in der Staatsführung an die Macht gelangt. Sie sehen häufig nicht, welche Probleme auf sie zukommen. Wenn Rußland morgen seine Souveränität verkünden und dann so handeln würde wie diese Republiken, blieben sie für den Winter ohne Energie. Ihre Industrie käme zum Erliegen, und eine Hungersnot stünde vor der Tür.

SPIEGEL: Welche Kompetenzen bleiben in der neuen Union künftig noch der Zentrale?

SOBTSCHAK: Auf jeden Fall andere als bisher. Die kommunistische Zentrale ist

endgültig Vergangenheit. Notwendig bleibt eine Koordinierungsstelle, die Entscheidungen vorbereitet, welche dann unter Mitwirkung aller Republiken getroffen werden.

SPIEGEL: Chefkoordinator – ist das die Aufgabe, mit der sich Michail Gorbatschow in Zukunft bescheiden soll?

SOBTSCHAK: Das ist eine der entscheidenden Fragen. Ich habe gerade in einem Gespräch mit meinem Pariser Bürgermeisterkollegen Jacques Chirac gesagt, wir brauchen jetzt dringend einen Mann vom Schlage Charles de Gaulles: jemanden, der den Respekt und das Vertrauen der Nation genießt und bereit ist, Verantwortung für harte Entscheidungen zu tragen.

SPIEGEL: Bei Gorbatschow sehen Sie diese Qualitäten nicht?

SOBTSCHAK: Ich glaube, für eine Rolle, wie sie de Gaulle in Frankreich gespielt hat, taugt Gorbatschow überhaupt nicht. Er ist ein Mann von anderem Schlage ...

SPIEGEL: ... und auch kein General, nicht mal mehr Generalsekretär.

SOBTSCHAK: De Gaulle war doch mehr Politiker als General. Er trat immer in die politische Arena, wenn die Situation Entschlossenheit und Risikobereitschaft erforderte. Gorbatschow dagegen pflegt in gefährlichen Situationen abzuwarten und meidet Entscheidungen.

SPIEGEL: Sie werden immer wieder für alle möglichen führenden Ämter bis hin zum Ministerpräsidenten gehandelt. Welche Funktion hätten Sie gern in der Unionszentrale?



SOBTSCHAK: Ich habe eine Funktion. Am liebsten hätte ich gar keine. Wenn diese komplizierte Zeit vorbei ist, gehe ich zurück in die Wissenschaft. Doch erst mal bin ich für weitere fünf Jahre zum Oberbürgermeister von Sankt Petersburg gewählt, und ich werde das Vertrauen von fünf Millionen Menschen nicht enttäuschen.

SPIEGEL: Braucht solch ein lockeres Bündnis, wie Sie es anstreben, überhaupt noch eine Unionsverfassung?

SOBTSCHAK: Ich wäre dafür. Es muß nicht unbedingt Verfassung heißen, Deklaration oder Charta von souveränen Staaten täte es auch. Die heutige EG hat doch auch eine Art Verfassung in Form eines Pakets von grundlegenden, verbindlichen Dokumenten.

SPIEGEL: Für den Übergang vom alten zum neuen Bund sollen befristete Sondervollmachten und Sonderregelungen gelten, in deren Genuß nun nicht mehr Gorbatschow allein kommt, sondern ein Staatsrat. Wie lange soll diese Interimsphase dauern?

SOBTSCHAK: Das hängt vom weiteren Verlauf der Ereignisse ab und besonders vom Verhalten der Politiker. Das Volk wird uns jetzt scharf beobachten. Man war auf den Barrikaden und hat sein Leben riskiert. Bestimmt nicht dafür, daß alles wieder seinen alten Lauf nimmt.

SPIEGEL: Was machen Sie jetzt in St. Petersburg anders als vor dem Putsch?

SOBTSCHAK: Bei uns in Sankt Petersburg wird es sehr dynamische und grundlegende Reformen in Wirtschaft und Politik geben. Ohne Schwankungen und Rückfälle. Wir werden uns sehr zügig und konsequent in Richtung freier Markt und florierende Wirtschaft bewegen – ganz gleich, was in Moskau geschieht.

SPIEGEL: Was hat sich nach dem Putsch in diesem Land verändert?

SOBTSCHAK: Die Psyche der Menschen. Sie haben erfahren, daß sie keine Angst vor noch so vielen Generalen und Verschwörern zu haben brauchen, wenn sie nur zusammenhalten.

SPIEGEL: Und die Psyche Jelzins – hat sie sich auch verändert?

SOBTSCHAK: So eine Frage kann man eigentlich nur für sich selbst beantworten: Ich weiß nun mit viel größerer Sicherheit, daß ich mit der Unterstützung der Leute in meiner Stadt rechnen kann. Auch Jelzin darf der Unterstützung des Volkes jetzt sicherer sein als bisher. Nur darf dies nicht in Machteuphorie umschlagen. Mir droht diese Gefahr nicht, weil ich nicht machtsüchtig bin. Für Jelzin, der schon immer Macht hatte, ist sie größer. Aber sein Beraterstab bemüht sich, ihn ständig darauf hinzuweisen.

SPIEGEL: Anatolij Alexandrowitsch, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Baltikum

Vergoldeter Start

Trotz neuer Souveränität bleibt die alte Abhängigkeit bestehen: Ohne die Märkte im Osten können die drei Republiken nicht überleben.

Der estnischen Parlamentsabgeordneten Marju Lauristin erschienen die Ereignisse „wie ein Kind, das völlig unerwartet im siebten Monat auf die Welt gekommen ist“.

Die Frühgeburt – Estlands, Lettlands und Litauens faktische Unabhängigkeit von der Sowjetunion nach dem mißglückten Moskauer Putsch – fand gleich-

Und mit ebensolcher Hast machten sich die Balten daran, die Symbole der verhaßten Sowjetmacht zu demontieren. Kaum war der riesige Bronze-Lenin in Riga gestürzt, wurde Stück für Stück auch noch der Marmorsockel abgerissen. Ein lettischer Passant staunte: „So hart habe ich meine Landsleute noch nie arbeiten sehen.“

Das ist indes erst der Anfang. Jahre-lange harte Arbeit wird es kosten, bis die drei kleinen Republiken die Folgen des 50jährigen Jochs der Sowjetmacht abschütteln können.

Die Balten haben akzeptiert, daß sie dem ehemaligen Sowjetreich einige militärische Stützpunkte, Radarstationen, Flugplätze und möglicherweise Marinehäfen zubilligen müssen, um das strategische Vorfeld der Sowjets nach Westen hin abzusichern. Diese Militärpräsenz



Botschafter Hagen Graf Lambsdorff in Riga*: Die Dänen machten das Rennen

wohl umgehend Dutzende von Paten in aller Welt. Die Regierungen drängten den Balten die Anerkennung ihrer Eigenstaatlichkeit geradezu auf.

Dänemark mißachtete jedes Protokoll und machte in der vorvergangenen Woche das Rennen mit der Installation des ersten westlichen Botschafters in Riga.

Am vorigen Montag traf auch der von den Balten am sehnlichsten erwartete diplomatische Segen der Weltmacht USA ein, und am Freitag endlich wurden sie vom gerade einen Tag alten Moskauer Staatsrat in die Freiheit entlassen.

Bereits vier Tage zuvor bezogen drei deutsche Botschafter ihre Posten in Tallinn, Riga und Vilnius, zwei davon Mitglieder alter baltendeutscher Familien: Henning von Wistinghausen, 54, und Hagen Graf Lambsdorff, 55, ein Bruder des FDP-Vorsitzenden.

soll allerdings – nach Nato-Vorbild – vertraglich geregelt werden.

Litauen vereinbarte Ende Juli mit Boris Jelzins Russischer Republik einen Transit-Korridor zur Militärbastion Kaliningrad, dem ehemaligen Königsberg. Das nördliche Ostpreußen steht seit 1945 unter russischer Verwaltung. Jelzin will das Gebiet, jetzt eine von Polen und Litauen eingeschlossene Exklave, zur Freihandelszone und zum Magneten für westliches Kapital und Know-how ausbauen.

Auf den Zustrom ausländischer Hilfe setzen auch die drei baltischen Staaten ihre Hoffnungen. Aber das größte Handikap ihrer Volkswirtschaften ist deren komplette Verflechtung mit dem

* Bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens an den lettischen Präsidenten Gorbunovs.